

Überparteiliche parlamentarische Resolution zur stärkeren Einbindung von Frauen in Friedensprozesse



Am 31. Oktober 2000 wurde vom UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet, die alle AkteurInnen der internationalen Staatengemeinschaft dazu auffordert, Frauen in Konfliktsituationen besonderen Schutz zukommen zu lassen und sie in Friedensprozesse aktiv einzubinden. Im Vorfeld des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentages am 8. März 2011 rufen die Mitglieder der AWEPA Sektion Österreich dazu auf, Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zu unterstützen, die entsprechend der UN-Resolution 1325 zu einer stärkeren Mitwirkung von Frauen bei Friedens- und Versöhnungsprozessen beitragen.

Frauen spielen in Konfliktsituationen häufig eine Schlüsselrolle für das Überleben ihrer Familien, fördern das friedliche Zusammenleben und beteiligen sich aktiv an Friedensbewegungen vor Ort. Es ist erwiesen, dass sich die Natur des Dialogs zwischen den Konfliktparteien verändert, wenn Frauen entsprechend einbezogen werden. Nichtsdestotrotz sind Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen von Friedensprozessen weiterhin unterrepräsentiert und nur sehr wenige Frauen sind bei Vermittlungsprozessen in offizieller Funktion tätig.

Trotz der internationalen Anerkennung für die bedeutende Rolle, die Frauen bei der Wiederherstellung des sozialen Gefüges und bei friedensstabilisierenden Maßnahmen übernehmen, kommt die Implementierung der UN-Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen in der Praxis nur schrittweise und sehr langsam voran. Daher wurden die einzelnen UN-Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert einen nationalen Aktionsplan zu entwickeln, der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 enthält. Österreich verfügt bereits seit 2007 als eines von weltweit 24 Ländern über einen nationalen Aktionsplan und nimmt damit eine Vorreiterrolle in der internationalen Gemeinschaft ein. Auf Basis dieser Vorreiterrolle muss die österreichische Regierung die Stärkung der vollen Einbeziehung von Frauen in konfliktvermeidenden, friedensfördernden und konfliktbegleitenden Maßnahmen besonders in Form von Lobbying-Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten und im Rahmen internationaler Friedensmissionen weiter vorantreiben.

Mit Bezugnahme auf die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 und den österreichischen Aktionsplan fordern daher die Abgeordneten der AWEPA-Sektion im österreichischen Parlament, die stärkere Einbindung von Frauen und ihrer spezifischen Interessen in Friedens- und Versöhnungsprozesse speziell in Afrika weiter zu ermutigen und zu ermöglichen, damit eine nachhaltige Friedenskonsolidierung gewährleistet werden kann.

Im Einzelnen werden folgende Forderungen formuliert:

- ParlamentarierInnen werden aufgerufen sich vermehrt mit der Thematik zu befassen und die Notwendigkeit der Partizipation von Frauen an friedenskonsolidierenden Maßnahmen im Rahmen von Seminaren, Konferenzen und Kongressen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu thematisieren und für eine verstärkte Partizipation von Frauen in Parlamenten, Diplomatie, Friedensmissionen, Polizei und auf lokaler Ebene einzutreten.
- Regierungen werden aufgefordert die Erstellung bzw. Implementierung nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen 1820, 1888 und 1889 besonders in Bezug auf die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen voranzutreiben bzw. zu intensivieren. Dabei sollten Nord-Süd „Twinning“-Modelle umgesetzt werden, wo immer möglich.
- Die Vorreiterrolle Österreichs bei der Implementierung der UN-Resolution 1325 soll von ParlamentarierInnen und der österreichischen Regierung besonders für das Lobbying bei bilateralen Kontakten genutzt werden, um die Erstellung bzw. Implementierung von nationalen Aktionsplänen zu forcieren.
- Die österreichische Regierung wird aufgefordert weiterhin konkrete Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und deren Partizipation in Friedensverhandlungen und –prozessen im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) und der Außenpolitik zu implementieren und diese besonders in Afrika auszubauen.

Die AWEPA-Sektion im Österreichischen Parlament unterstützt in vollem Umfang die Anstrengungen und Aktivitäten von AWEPA International. AWEPA International ist bemüht, einen interparlamentarischen Dialog in der Region der Großen Seen (Burundi, Ruanda, DR Kongo, Uganda, Kenia und Tansania) und am Horn von Afrika zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konfliktzonen, sowie zwischen anderen Ländern, in denen Gewalt gegen Frauen und Mädchen und insbesondere FGM weit verbreitete Praktiken sind, zu initiieren und organisieren. AWEPA International ist weiters bestrebt, das Thema Gewalt in allen ihren Programmen und Partnerschaften in Afrika zu etablieren und mit der Unterstützung der jeweiligen Parlamente Lobbying bei europäischen Regierungen für die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zu betreiben, die für die Implementierung der Maßnahmen notwendig sind.